

Landtag

20. Sitzung vom 24. Juni 1985

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 18.14 Uhr.)

Vorsitzender: Erster Präsident Sallaberger.

Schriftführer: Die Abg Rosenberger, Maria Kuhn und Hildegard Wondratsch sowie die Abg Mag Eva Petrik, Mag Dipl Ing Regler und Dr Neubert.

Präsident Sallaberger eröffnet die Sitzung.

1. Die Abg Dr Marilies Flemming und Vejtisek sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Sallaberger die folgenden Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 662/LM/85): Abg Dr Hirnschall an den Landeshauptmann:

Wurde seitens des Bundes bei der Erörterung einer Museumskonzeption auch die Nutzung des Salesianerklosters für museale Zwecke mit dem Land Wien erörtert?

2. Anfrage (PrZ 680/LM/85): Abg Mag Kauer an den Landeshauptmann:

Werden Sie im Interesse Wiens für eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf ein verstärktes Mitspracherecht von Organen der Stadt Wien bei der Errichtung von Bundesbauten, vor allem was das Stadtbild betrifft, eintreten?

3. Anfrage (PrZ 681/LM/85): Abg Mag Dipl Ing Regler an den Landeshauptmann:

Wann ist mit dem Abschluß von Staatsverträgen gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien, betreffend Maßnahmen im Bereich des Wasser- und Kanalsystems sowie betreffend das öffentliche Verkehrsnetz und Park-and-Ride-Anlagen in Wien, zu rechnen?

4. Anfrage (PrZ 682/LM/85): Vom Fragesteller zurückgezogen.

5. Anfrage (PrZ 666/LM/85): Abg Freinberger an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Ist eine Ausweitung der Abwassergebührenermäßigung (§ 13 Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978) geplant?

6. Anfrage (PrZ 687/LM/85): Abg Pramel an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

In welchem Ausmaß wurden durch das Land Wien im Rahmen der sogenannten „Bürgerschaftsaktion“ in Anwendung des mit 1. Jänner 1985 ausgelaufenen Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung, durch Übernahme von Bürgschaften auch jene Vorhaben sichergestellt, bei denen der Förderungswerber keine ausreichende Sicherstellung für die zur teilweisen oder gänzlichen Finanzierung des Vorhabens erforderlichen Kapitalmarktdarlehen bieten konnte?

7. Anfrage (PrZ 669/LM/85): Abg Ing Svoboda an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Sind Auswirkungen auf das Wiener Parkometergesetz zu erwarten, nachdem der Verfassungsgerichtshof mit Entscheidung vom

8. März 1985 den zweiten Satz des § 103 Abs 2 Kraftfahrzeuggesetz 1967 in der geltenden Fassung als verfassungswidrig aufgehoben hat?

8. Anfrage (PrZ 668/LM/85): Abg Holub an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

In welchem Ausmaß mußten in letzter Zeit Verstöße gegen den Natur- und Landschaftsschutz festgestellt werden?

9. Anfrage (PrZ 670/LM/85): Abg Hengelmüller an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

Wie beurteilen Sie aus Wiener Sicht die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zur Einführung des Katalysator-Autos?

10. Anfrage (PrZ 683/LM/85): Abg Univ Prof Dr Welan an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauten:

Wie ist das Ergebnis der verschiedenen Umweltverträglichkeitsgutachten, betreffend die Flötzersteigstraße (B 223)?

11. Anfrage (PrZ 663/LM/85): Vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Präsident Sallaberger teilt mit, daß von den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs zwei schriftliche Anfragen vorliegen.

(PrZ 557/LF.) Anfrage der Abg Dr Hirnschall und Dipl Ing Dr Pawkowicz, betreffend die Renovierung des Schönbrunner Tiergartens.

(PrZ 558/LF.) Anfrage der Abg Dr Hirnschall und Dipl Ing Dr Pawkowicz, betreffend Auswirkungen der 6. Novelle zur Pensionsordnung 1966.

4. (PrZ 556/LA.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abg Edlinger und Dr Goller gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Bezugesetz geändert wird, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz zu.

(PrZ 559/LA.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abg Ing Riedler, Outolny und Ing Svoboda einen Antrag, betreffend Schaffung besserer straßenbau- und verkehrsrechtlicher Bedingungen für den Fahrradverkehr, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Landeshauptmann und den Amtsführenden Stadträten für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie für Bauten zu.

Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz und Dr Hirnschall einen Antrag, betreffend Novellierung der Wiener Bauordnung, eingebracht haben, und stellt nach gestellter Unterstützungsfrage fest, daß der Antrag mangels genügender Unterstützung nicht weiter behandelt werden kann.

Berichterstatter:

Amts StR Univ Prof Dr Stacher

5. (PrZ 1824, P 1.) Der in der Beilage Nr 12 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Sozialhilfegesetz geändert wird (3. Sozialhilfegesetznovelle), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abg Dr Hirnschall, Dr Hawlik und Dinhof, StR Maria Hampel-Fuchs sowie Abg Ilse Forster.)

Der Zurückverweisungsantrag der Abg Dr Hawlik und Dkfm Hilde Schilling, betreffend die 3. Sozialhilfegesetznovelle, wird abgelehnt.

Der Schriftführer:

Hilde Schilling

6. (PrZ 2057, P 2.) Der in der Beilage Nr 13 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Behindertengesetz geändert wird (5. Behindertengesetznovelle), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Schluß um 20.14 Uhr.)

Der Vorsitzende:

G. Sallenberg
Erster Präsident